

■ Bericht aus dem Rat

Mai 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 6.5.2010.
zu Beginn der Ratssitzung verabschiedete Herr Oberbürgermeister Elbers den Stadtdirektor und Kämmerer Helmut Rattenhuber, der zum 31. 5. in Ruhestand geht. Zugleich wurde sein Nachfolger Manfred Abrahams vereidigt.

Zahlreichen Ratsmitgliedern, die dem Rat 10 Jahre angehört bzw. angehört, wurde als Dank für die geleistete Arbeit der Ehrenring des Rates verliehen. Von der SPD erhielten Petra Kammerevert (inzwischen Europaabgeordnete), Burkhard Albes, Martin Volkenrath und Angelika Wien-Mroß diese Auszeichnung.



Mit den Stimmen von CDU, FDP, freie Wähler wurde ein Antrag der Linken „Keine Sanktionen gegen ALG II-Bezieherinnen und Bezieher“ von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem der Oberbürgermeister angekündigt hatte, einen möglicherweise gefassten Beschluss beanstanden zu müssen, da sich keine Zuständigkeit der Stadt ergibt.

Die Linksfraktion beantragte, auch Ratsherrn Laubenburg einen Ehrenring zu verleihen. Der Oberbürgermeister verwies darauf, dass kein Anspruch auf Verleihung besteht und „man nicht bemüht war, bei der Aufklärung möglicher Hinweise behilflich zu sein“. In diesem Zusammenhang ist wohl die Vorlage eines Führungszeugnisses erbeten worden. Mit der Bemerkung, er hätte jetzt auch keinen Ehrenring mehr, den er verleihen könnte, ließ der Oberbürgermeister über den Antrag nicht mehr abstimmen.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP, freie Wähler, den Tagesordnungspunkt „Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss Basisstraße und Umbau Heerdter Dreieck“ von der Tagesordnung abzusetzen, da es keine Beratung in den Fachausschüssen gegeben hatte.

■ Anfragen aus aktuellem Anlass

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Linksfraktion zu **Grenzüberschreitungen der Feinstaubbelastungen** erläuterte die Verwaltung hinsichtlich der Feinstaubbelastung, dass der Tagesmittelwert an den Landesmessstellen an der Corneliusstraße an 23 Tagen (bis März) und in Lörick an 12 Tagen (bis April) überschritten wurde. An den städtischen Messstellen wurde bis 12.4. an der Ludenbergerstr. der Tagesmittelwert an 21 Tagen, an der Dorotheenstr. an 22 Tagen, an der Brinkmannstr. an 7 Tagen und im Aaper Wald an 6 Tagen überschritten. Der Stundemittelwert bei der Belastung von Stickstoffdioxid wurde nicht überschritten. Die Verwaltung erläuterte weiterhin, dass von den 488 Bussen der Rheinbahn bis Dezember 2009 219 mit Partikelfiltern ausgerüstet wurden, davon erfüllen 124 die strengste Abgasnorm. Aufgrund eines Gutachtens der Fachhochschule wurden inzwischen bei Abbrucharbeiten Standards in die Genehmigung aufgenommen, um auch hier eine Staubreduzierung zu erreichen.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der SPD zur **Standortsicherung ThyssenKrupp Nirosta** GmbH in Benrath berichtete die Verwaltung, dass die Umstrukturierungen des Thyssen-Krupp-Konzerns seit 10 Jahren bekannt sind und seit September 2009 bekannt ist, dass an mehreren Standorten, u.a. auch Benrath insgesamt 300 Stellen abgebaut werden. Entscheidungen wären bis heute nicht getroffen worden. Der Oberbürgermeister signalisierte die Gesprächsbereitschaft der Verwaltung mit der Belegschaft nach dem 9. Mai.

■ **Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage von CDU und FDP zur **Entwicklung des Stadtteils Oberbilk** durch den Umzug der Gerichte verwies die Verwaltung auf die 900 Arbeitsplätze und täglich 3000 Besucher im Bereich der Gerichte. Makler berichteten über steigende Nachfrage nach kleinen Gewerbeeinheiten und Wohnungen. Es wird eine Stärkung von Einzelhandel und Gastronomie erwartet.

„**Schöner Wohnen**“ hieß eine Anfrage von BÜ 90/Die Grünen. Die Verwaltung berichtete, dass außer den „Königskindern“ keine weiteren Hochhäuser mit Wohnungen in konkreter Planung sind. Verwiesen wurde jedoch auf das Hochhausentwicklungskonzept. Die Verwaltung kann sich gemischt genutzte Hochhäuser im Bereich des Mörsenbroicher Eis und im Hafen vorstellen. Sie machte deutlich, dass es nicht das ausschließliche Ziel ist, bis 2010 eine Einwohnerzahl von 600.000 zu erreichen. Stadtteilqualität soll nicht aufgegeben, sondern gesichert werden. Vor diesem Hintergrund wurde auch das Ziel, jährlich 2000 Wohnungen fertig zu stellen, zurückgenommen.

■ **Bericht aus der kleinen Kommission Wehrhahnlinie**

Die Verwaltung berichtete über die Zwischenergebnisse der Bau begleitenden Risikoanalyse hinsichtlich des Schildvortriebs und der Geotechnik. Inzwischen wurden alle Schlitzwandprotokolle überprüft, es sind keine weiteren Auffälligkeiten aufgetreten.

■ **Anträge der Fraktionen**

BÜ 90/Die Grünen beantragte, einen **ökologischen Kriterienkatalog für die Bebauung von Grundstücken** aufzustellen, der mit den Erwerberinnen und Erwerbern städtischer Grundstücke verbindlich vereinbart und kontrolliert wird. Ziel sollte sein, mit Rohstoffen und Energie sparsam umzugehen, die Umweltbelastung zu reduzieren, gesunde Wohnverhältnisse zu schaffen und günstige Bau- und Betriebskosten zu erreichen. Die CDU will keine weiteren Reglementierungen und lehnte ebenso wie FDP und freie Wähler bei Enthaltung der Linken den Antrag ab.

Der Antrag von BÜ 90/Die Grünen, am bundesweiten **Wettbewerb „Stadtradeln“** teilzunehmen, wurde von CDU und FDP mit dem Hinweis auf schlechte Organisationsmöglichkeit abgelehnt. Im Aktionszeitraum vom 1.6 bis 15.10. sollten möglichst viele Kilometer beruflich und privat mit dem Rad zurück gelegt werden. Eine Ergänzung der Linken, eine Evaluation der Teilnehmer durchzuführen und 5 Mio Euro überplanmäßig für den Radwegebau bereitzustellen, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Um das Thema **Inklusion** in der Schule ging es in zwei Anträgen von SPD und BÜ 90/Die Grünen. Zur Zeit müssen z.B. 90 von 135 Anträgen auf die Teilnahme

behinderter Kinder am gemeinsamen Unterricht mit Kindern ohne Behinderungen im Grundschulbereich abgelehnt werden. Um die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen, beantragte die SPD, an die Landesregierung zu appellieren, das Schulgesetz so zu verändern, dass Inklusion für alle Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen ermöglicht werden kann. BÜ 90 beantragte, bis spätestens Anfang 2012 einen Inklusionsplan zu erarbeiten und entsprechende Prioritäten in der Sozialplanung, in der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und im Masterplan Schulen zu setzen. Seitens der CDU wurde zunächst argumentiert, dass eine Planung nicht erforderlich ist, weil schon an der Umsetzung gearbeitet wird. Sodann hieß es, dass Schulausschuss und Behindertenbeirat das Thema gemeinsam angehen sollen. Auf Antrag von CDU und FDP wurde der Antrag von BÜ 90 gegen SPD, BÜ 90 und Linke in den Schulausschuss verwiesen. Der Antrag der SPD wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Mehr als 280 Kinder konnten in diesem Jahr keinen Platz an einer Gesamtschule erhalten. Deshalb beantragte die SPD, die Planung für die Errichtung einer weiteren **Gesamtschule** zu beginnen und entsprechende Mittel in den Haushalt ab 2011 einzustellen. Obwohl FDP-Landtagskandidaten sich geäußert hatten, dass es auf Sicht mehr Gesamtschulen geben wird als heute und der Elternwille den Liberalen wichtig ist, lehnten CDU und FDP diesen Antrag ab (Enthaltung freie Wähler).

Gegen die freien Wähler bat der Rat auf Antrag von SPD und BÜ 90 den Landesverkehrsminister, die Erhöhung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km auf 120 km/h auf der **Fleher Brücke** auf keinen Fall anzuordnen, solange die Sanierung der Dehnungsfugen nicht erfolgt ist.

Die Linksfraktion beantragte, die von der Kultur- und Künstlerinitiative „**Freiräume für Bewegung**“ aufgestellten, der Stadt geschenkten Bänke, die der Ordnungs- und Servicedienst entfernt hatte, wieder aufzustellen. Die CDU nahm Anstoß an den dort ausgelegten Flugblättern des Antifa Kok und der Farbe, die Ähnlichkeit mit der aktuellen Krawatte (pink gemustert) des Oberbürgermeisters habe. Dieser bemerkte, man könne nicht alles in der Stadt aufstellen, was aussieht wie seine Krawatten. Die CDU erinnerte zudem daran, dass für die Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum der Beirat für bildende Kunst zuständig ist. Der Antrag wurde ebenso von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt wie der Antrag von BÜ 90 auf Überweisung in den Beirat für bildende Kunst.

■ Personalien

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken, den **Kunstpreis für das Jahr 2010** an Thomas Schütte zu verleihen. Thomas Schütte gehört zu den einflussreichsten und richtungsweisenden Künstlern. Sein Werk umfasst Skulpturen, Zeichnungen, Aquarelle, Radierungen, Fotografie, Keramiken, Installationen und Architekturen.

Der Rat wählte einstimmig Wolfgang Mingers als Schiedsmann für den **Schiedsamsbezirk Unterrath/Lichtenbroich**.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken, Herrn Stadtdirektor Rattenhuber durch seinen Nachfolger Manfred Abrahams in den **Gremien der Stadtwerke Düsseldorf AG** zu ersetzen.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat ermächtigte gegen Linksfraktion die städtischen Vertreter in den Gremien der Industrieterminals Düsseldorf-Reisholz AG, der Umfirmierung der IDR Dome GmbH & Co.KG in die **IDR Schloss Eller GmbH & Co.KG** zuzustimmen, nachdem die

ursprüngliche Absicht, den ISS-Dome in diese Objektgesellschaft zu übertragen, aufgegeben wurde. Nunmehr soll die Vermarktung des Schlosses Eller für private und öffentliche Feiern sowie Tagungen über diese Gesellschaft abgewickelt werden.

Der Rat erklärte die **Wahl des Integrationsausschusses** für gültig.

Der Rat nahm einstimmig die Kalkulation der **Gebührensätze** für die Entleerung, Reinigung und Kontrolle von **Benzin-, Öl und Fettabscheideranlagen** zum Schutz der öffentlichen Abwasserbeseitigung zur Kenntnis und beschloss die Beibehaltung der Gebühren.

Der Rat beschloss gegen 3 CDU-Mitglieder, 13 SPD-Mitglieder, BÜ 90, Die Linke bei Enthaltung von 2 SPD-Mitgliedern zahlreiche **verkaufsoffene Sonntagnachmittage** in den Stadtteilen.

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- den Bebauungsplan „**Nördlich Plockstraße**“. Das 4,8 ha große Plangebiet wird als eingeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen für Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Entlang der Plockstraße können 5 bis 6-geschossige Gebäude mit einer Höhe von 22 m errichtet werden. An der Ecke Völklinger Straße/Plockstraße kann ein Hochhaus mit einer maximalen Gebäudehöhe von 44 m entstehen. In Bereichen einer Durchlüftungsschneise können max. 6 m hohe Gebäude gebaut werden (gegen BÜ 90 und Linksfraktion);

- die erste Verlängerung der Veränderungssperre für ein Gebiet zwischen **Aachener Straße** und Münchener Straße. Hier wird ein Bebauungsplan erarbeitet, der den Schutz der angrenzenden Versorgungszentren und die Zulässigkeit von Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäuden zum Ziel hat (einstimmig);

- den Bebauungsplan „**ehemaliger Gütebahnhof Oberkassel**“. Auf dem 10 ha großen Gelände kann ein Quartier in 2- bis 5-geschossigen Gebäuden mit 52.000 qm Wohnfläche, 38.000 qm Bürofläche, 10.000 qm Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen sowie 500 qm Museumsnutzung entstehen. Im Bereich der Wohnbebauung soll eine viergruppige Kindertagesstätte errichtet werden. In Ost-West-Richtung soll ein lang gestreckter Park mit 20.000 qm Grünfläche angelegt werden (gegen SPD, BÜ, Linke).

Vereinbarungsgemäß endet die öffentliche Ratssitzung um 20.00 Uhr. Deshalb wurden zahlreiche Tagesordnungspunkte nicht mehr behandelt.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de